



Guy Morin und Philipp Cueni haben Grund zur Freude: Die Basler sind der Empfehlung des Alt-Regierungspräsidenten und Pro-Kasernenareal-Chefs gefolgt. MARTIN TÖNGI

KOMMENTAR

Vorwärts, Marsch!

Das Ja zum Umbauprojekt des Kasernenhauptbaus fiel deutlich aus. Warum? Weil die Argumente der Gegner ein Sammelsurium aus Interessen waren, die nicht wirklich zu überzeugen vermochten: zu teuer, zu viel staatliche Mitsprache, zu wenig deutliche Zusicherung an kleine Vereine, weiterhin dort sein zu dürfen. Die Fallhöhe bei diesen Gegenargumenten war zu gross für den Wähler,



von Martina Rutschmann

um daraus ein überzeugendes Nein gegen das Projekt ableiten zu können.

Die Gründe hingegen, weshalb es an der Zeit ist, den Kopfbau zu sanieren, leuchteten ein: Der Bau fällt zusammen, die Lage ist zu gut, um nichts daraus zu machen, ein Projekt wie dieses fehlt in Basel. Ausserdem ist es ein gutes Projekt, ein Kompromiss zwar, aber einer, der sich zeigen lässt. Auf der Rheinseite entsteht eine gedeckte Piazza, ein Aufenthaltsort für alle, die auch bei schlechtem Wetter gern draussen sind. Profitieren soll in erster Linie das Quartier, ein dicht besiedeltes Gebiet, das im Gegensatz zu allen anderen städtischen Vierteln wenig Freiraum zur Verfügung hat. Die Kosten? Ja, es ist keine billige Sache, doch mindestens drei Viertel des Betrages hätte auch für ein alternatives Projekt aufgewendet werden müssen. Und ein solches hätte bei einem Nein früher oder später auf den Tisch kommen müssen. Denn auch für die Gegner war stets klar: Das Haus muss saniert werden.

Die Gegner haben verloren, doch die Kaserne wird auch sie weiter beschäftigen. Sie haben angekündigt, den Verantwortlichen genau auf die Finger zu schauen und dafür zu sorgen, dass diese ihre Versprechen halten. Das geht vom kleinen Versprechen, Vereinen weiter ein Dach über dem Kopf zu gewährleisten, bis zur grossen Zusicherung, wonach keine zusätzlichen Steuergelder für den Betrieb des «Kultur- und Kreativzentrums» aufgewendet werden müssen. Die Kasernenbefürworter müssen nun beweisen, dass sie in der Lage sind, sich selbst zu finanzieren. Sie müssen Ideen generieren, die sich auch finanziell lohnen. Dabei müssen sie aber darauf achten, dass sie nicht zu einem elitären Tempel verkommen, sondern wie versprochen zu einem offenen Ort für das Quartier werden. Ein Spagat, der schwierig zu meistern sein wird.

Was ungeachtet der Pro- und Kontra-Argumente für das Projekt spricht: Eine Stadt, die Ausstrahlung haben will, braucht einen solchen Ort. Darum gilt nun: Vorwärts, Marsch für die Kaserne.

@martina.rutschmann@bazbasel.ch

Ein Krönchen für Guy Morin

Kaserne Die Wähler sagen klar Ja zum Kleinbasler «Kultur- und Kreativzentrum»

VON MARTINA RUTSCHMANN

Zwei Männer, ein Sieg. Handschlag, Schulterklopfen, «toll und super». Kein Gekreische, kein Hypern, ruhig und zufrieden, man hat ja damit gerechnet: Basel sagt Ja.

Philipp Cueni, Vereinspräsident «Pro Kasernenareal», und Guy Morin, ehemals verantwortlicher Regierungsrat, waren zwar zuversichtlich - das deutliche Resultat überraschte die zwei aber doch: Fast 62 Prozent der Wähler haben sich dafür ausgesprochen, dass der Kasernenkopfbau für 44,6 Millionen Franken zu einem «Kultur- und Kreativzentrum» fürs Kleinbasel und die ganze Stadt umgebaut wird. Nach 50 Jahren Hin und Her lag erstmals ein Konzept mit Hand und Fuss vor. Weitere 50 Jahre hätte man nicht warten dürfen: Der Bau ist marode und muss saniert werden. Die Frage war nur: Wie und für wie viel? Da waren sich die Politiker alles andere als einig.

Bürgerliche befürchten Geldsorgen

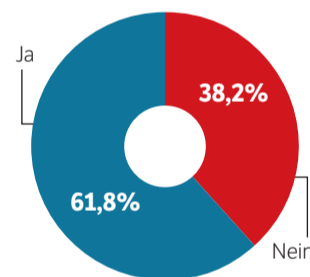
Nachdem sich der Grosse Rat im Herbst für das Projekt ausgesprochen hatte, schlossen sich bürgerliche Parteien zusammen. Mit einem Referendum wollten sie das vorliegende Projekt verhindern und dafür sorgen, dass das Präsidialdepartement und damit der Staat nicht zu viel Ein-

fluss beim geplanten Zentrum bekommt. Die Gegner waren ausserdem der Meinung, das Nutzungskonzept sei unbrauchbar und rund 45 Millionen Franken seien zu viel Geld für den Umbau.

Gestern mussten sie sich eingestehen, dass der Kampf umsonst war. So könne man das nicht sehen: «Wir müssen auch kämpfen, wenn es schwierig ist», sagt der Basler FDP-Präsident Luca Urgese. Das Resultat überraschte ihn nicht. Ebenfalls nicht überrascht wäre er, «wenn wir in den nächsten Jahren über Staatsbeiträge für die Kaserne reden würden». Der Basler Kulturchef Philippe Bischof ist zuversichtlich, dass dies nicht passieren wird: «Garantieren kann ich es nicht, doch aufgrund unserer Berechnungen glaube ich daran, dass es keinen Subventionsbetrieb geben wird.»

Geradezu überzeugt davon ist Bischofs Ex-Chef Guy Morin, der bis zum vergangenen Mittwoch noch Hauptverantwortlicher des Dossiers war: «Der Hauptbau der Kaserne kann betrieben werden, ohne den Steuerzahler stärker zu belasten», verspricht der ehemalige Regierungspräsident. Er betrachtet das Ja als «schönes Abschiedsgeschenk für mich, als eine Art Krönchen», sagt er, um im nächsten Augenblick zu betonen, dass es nicht sein Projekt sei, «sondern das der Stadt». Mehr-

KASERNENHAUPTBAU: GESAMTSANIERUNG UND UMBAU ZUM KULTUR- UND KREATIVZENTRUM



fach war die Rede von Morins «Prestige-projekt» gewesen. Wenn da gar nichts dran wäre, wäre Morin am Sonntag kaum im Rathaus und am Kasernenfest aufgetaucht.

In drei Jahren können Mieter rein

Doch jetzt ist seine Nachfolgerin Elisabeth Ackermann am Drücker. Sie muss dafür sorgen, dass das Bauprojekt schnell fertiggestellt wird, damit die Baueingabe bald gemacht werden kann. Dann gilt es, die Nutzungskriterien auszuarbeiten. Die Verantwortlichen im Präsidialdepartement müssen dabei zwei Dinge unter einen Hut bringen: Es soll Mieträume für die Kreativwirtschaft und für Gastrobetriebe geben und genug Freiraum für die Bevölkerung.

Umgebaut wird die Kaserne nach Plänen des Basler Architekturbüros Focketyn del Rio. Ihr Projekt sieht unter anderem zum Rhein hin eine neue dreigeschossige Eingangshalle vor, die als gedeckte Piazza genutzt werden soll. Zwei neue Beton-Treppenhäuser sollen den Bau flexibler nutzbar und stabiler machen. Ausser wird aus Denkmalschutz-Gründen wenig verändert.

Die Bagger fahren voraussichtlich im Sommer 2018, unmittelbar nach dem «Basel Tattoo», auf. Wenn alles nach Plan läuft, können die Mieter die Räume im Herbst 2020 beziehen. KOMMENTAR RECHTS

Erleichterte Einbürgerungen Stadt-Land-Graben auch in beiden Basel

Was für die gesamte Schweiz gilt, ist in den beiden Basel nicht komplett anders: Die Vorlage zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation hat zu einem unterschiedlichen Stimmverhalten von städtischen und ländlichen Regionen geführt. Da erstaunt es wenig, dass Basel-Stadt neben der Romandie mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 67,5 Prozent am deutlichsten zugestimmt hat. Es sind dies ausgerechnet die Kantone mit der höchsten Ausländerdichte.

Mit 56,7 Prozent ebenfalls zugestimmt hat der Kanton Baselland. Hier zeichnet sich ein ähnliches Bild ab wie in anderen Kantonen: Je näher die Gemeinden bei der Stadt liegen, desto deutlicher haben sie der Vorlage zugestimmt. Gesamtschweizerisch liegt die Zustimmung bei 60,4 Prozent. (DBA)

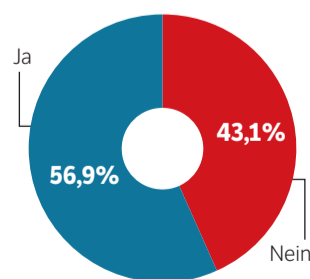
Vier-Prozent-Hürde gefallen

Quorum Die gestern beschlossene Änderung im Wahlgesetz schafft neue Chancen für Kleinparteien.

Mit 29 799 gegen 21 841 Stimmen hat Basel-Stadt einer Anpassung des Wahlgesetzes zugestimmt. Ein per 2012 eingeführtes Quorum für die Parlamentswahl wird so per Mitte 2017 wieder abgeschafft. Die nötige Änderung des Wahlgesetzes war im Grossen Rat kaum bestritten gewesen; für die Verfassungsänderung dazu war eine Urnenabstimmung indes vorgeschrieben.

Während die Vorlage sowohl im Grossen Rat als auch bei der gestrigen Abstimmung unumstritten war, sind die Auswirkungen doch gravierend (bz berichtete): Neu werden einzig die Mehrheiten in den jeweiligen Wahlkreisen über die Sitzverhältnisse

AUFHEBUNG DES QUORUMS BEI BASLER GROSSRATSWAHLEN



entscheiden. Die Auflage, vier Prozent zu erreichen, wird gestrichen. Wendet man das für die nächsten Wahlen geltende System auf die Wahlen vom Oktober an, zeigt sich: Die EVP hätte vier statt nur einen Sitz gemacht und Kleinparteien wie Freistaat unteres Kleinbasel (FUK) oder die Volksaktion wären in den Grossen Rat eingezogen.

Diese Kleinparteien sind dem Gewerbeverband Basel-Stadt ein Dorn im Auge. Direktor Gabriel Barell äussert sich in einer Mitteilung enttäuscht darüber, «dass Splitterparteien und Querulanten wieder Sitze im Parlament gewinnen können». Dadurch leide die Effizienz des Ratbetriebs. Tatsächlich hat der abgewählte Grossrat Eric Weber bereits verlauten lassen, bei den nächsten Wahlen wieder anzutreten. Und auch FUK-Kandidat Christian Mueller kündigt via Twitter an, in vier Jahren ins Basler Kantonsparlament einzuziehen zu wollen. (SDA/HUF)

Strassenfonds NAF

Die beiden Basel sagen Ja, aber ...

So wie die Restschweiz stimmen auch die beiden Basel dem Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) deutlich zu. Allerdings: Basel-Stadt mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 53,6 Prozent und Baselland mit 56,8 Prozent verzeichnen landesweit die geringste Zustimmung. Gesamtschweizerisch lag die Zustimmung im Durchschnitt bei knapp 62 Prozent. Am grössten war die Zustimmung im Kanton Neuenburg mit 76,9 Prozent.

Damit wird der neue dauerhafte Fonds in der Verfassung verankert. Der NAF soll 2018 in Kraft treten. Damit stehen jährlich rund drei Milliarden Franken zur Verfügung. Sie sollen einerseits für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, den Betrieb und Unterhalt von Nationalstrassen und für die Engpassbeseitigung verwendet werden. (DBA)